

■ Investitionen

Regierung unterstützt Wohnungsunternehmen

Frankfurt (Oder). Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) unterstützt die brandenburgische Landesregierung in ihrem Vorhaben, sich für eine Verlängerung der Investitionszulage in Höhe von 15 bis 22 Prozent für die Modernisierung von Mietwohnungen einzusetzen. Dies sei ein wichtiger erster Schritt zur Sicherung der Investitionen im brandenburgischen Wohnungsbestand, erklärte Vorstandsmitglied Ludwig Burkardt.

„Die Investitionszulage muss nicht nur im Interesse der Wohnungswirtschaft, sondern auch im Interesse des Landes bis 2009 verlängert werden“, meint der Vorstandsmitglied des BBU. Die Wohnungsunternehmen seien der wichtigste Akteur des

Stadtbbaus im Land. Ein wesentlicher Teil der 300 Millionen Euro, die die BBU-Mitgliedsunternehmen im vergangenen Jahr für Investitionen aufgewendet haben, sei in die Stadtbaugebiete geflossen. Angesichts der restriktiven Vergabe von Modernisierungskrediten und des niedrigen Mieten-Niveaus sei die Zulage für die Finanzierung dieser Investitionen von essenzieller Bedeutung gewesen. Entfalle sie, müssten ab 2005 zahlreiche dringend notwendige Modernisierungsvorhaben im Stadtbau gestrichen oder verschoben werden.

Die gesetzlichen Regelungen zur Investitionszulage für die Modernisierung von Wohnraum in den neuen Ländern laufen am 31. Dezember 2004 aus. **BP/Mar**